



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 19. September 2025

Langfristspektiven der städtischen Finanzen: Der Druck auf die Städte steigt

Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren hat eine Studie zu den finanziellen Perspektiven der Stadtfinanzen in Auftrag gegeben. Die langfristigen Hochrechnungen zeigen auf, dass der Ausgabendruck auf die Städte aufgrund des demografischen Wandels bis in das Jahr 2060 markant steigen dürfte. Die Städte müssen rasch handeln, um das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben sowie die Schuldenquote längerfristig stabil halten zu können.

Wie beeinflussen demografische Veränderungen wie Alterung und Bevölkerungsstruktur, Geburtenrückgang und die Migration der Bevölkerung längerfristig die städtischen Einnahmen und Ausgaben? Aktuell entsprechen die demografiebedingten Ausgaben rund 29% der städtischen Einnahmen. Dieser Anteil dürfte sich bis in das Jahr 2060 auf 35% erhöhen. Die Ausgaben steigen stärker an als die Einnahmen, was in der Hochrechnung zu einem beträchtlichen Anstieg der Schulden führt. Der kumulierte Schuldenstand für die 133 untersuchten Städte könnte sich bis 2060 um 54 Milliarden Franken erhöhen. In kleinen Städten müssten die Einnahmen ab 2025 um durchschnittlich 5% angehoben werden, um die Schuldenquote stabil zu halten. In den Grossstädten mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme des Jugend- und Altersquotienten bräuchte es eine geringere Anpassung der Einnahmen um jährlich 1.8%.

Unterschiede zwischen den Städten

Kleinere Städte (<10'000 Einwohnende) verzeichnen den höchsten Anstieg der demografiebedingten Ausgabenquote um +12 Prozentpunkte. Das heisst, dass demografieabhängige Ausgaben bis im Jahr 2060 rund 40% der Einnahmen ausmachen. Diese Zunahme kann durch den überdurchschnittlichen Anstieg des Jugend- und Altersquotienten erklärt werden. Das bringt höhere Ausgaben in Bereichen der Bildung, Langzeitpflege und Ergänzungsleistungen der AHV mit sich. In mittelgrossen Städten (50'000 bis 100'000 Einwohnende) treibt der überdurchschnittliche Anstieg des Jugendquotienten die Ausgabenquote um 10 Prozentpunkte bis ins Jahr 2060 hoch. Die Ausgaben im Bildungsbereich allein steigt in dieser Städtegruppe +4 Prozentpunkte bis 2060 an und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Städte. Die Grossstädte sind deutlich weniger stark betroffen, da der Zuzug der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dazu führt, dass die Jugend- und Altersquotienten weniger stark ansteigen.

Auch in den Sprachregionen zeigen sich markante Unterschiede: In den Städten der französischsprachigen Schweiz steigt die Ausgabenlast bis 2060 nur um rund 2% der Einnahmen an, in der deutschsprachigen Schweiz im Schnitt um 7% der Einnahmen. Auffällig ist hingegen der Anstieg in den Städten der italienischsprachigen Schweiz, wo sie aufgrund der demografischen Alterung bis 2060 im Schnitt um 20% der Einnahmen ansteigt.



Weitere Einflussfaktoren

Die demografische Entwicklung ist nur einer der Faktoren, der die Finanzen vieler Städte vor grosse Herausforderungen stellen dürfte. So werden kurz- und mittelfristig geplante Sparmassnahmen auf Bundesebene, insbesondere das Entlastungspaket 27 sowie Massnahmen für den Klimaschutz und Anpassungen an den Klimawandel die Stadtfinanzen zusätzlich belasten. Für die grossen Unterschiede zwischen den Städten verantwortlich sind unter anderem die unterschiedliche Entwicklung bei den Jugend- und Altersquotienten wie auch die Aufteilung der Finanzierung der Pflegeleistungen und der AHV-Ergänzungsleistungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Hintergrund der Studie

Das eidgenössische Finanzdepartement veröffentlichte 2024 einen Bericht zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen. Auf der Gemeindeebene wurden bis in das Jahr 2060 unter anderem Mehrausgaben von 0.3% des BIP sowie ein Anstieg der Schuldenquote von 6 auf 14% aufgrund der steigenden Ausgaben für die Bildung und Pflege vorausgesagt. Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren wollte diese Zahlen auf Stadtebene herunterbrechen, um herauszufinden, welche Faktoren diesen Anstieg am stärksten beeinflussen. Im Zentrum stand die Frage, wie Alterung und Bevölkerungsstruktur, Geburtenrückgang und Abwanderung der Erwerbsbevölkerung die städtischen Einnahmen und Ausgaben beeinflussen und welche Handlungsmöglichkeiten für die Städte bestehen. Bei der entstandenen Studie handelt es sich um langfristige Hochrechnungen, die auf aggregierter Ebene eine mögliche Entwicklung aufzeigen. Dabei können künftige politische Richtungsentscheide nicht vorweggenommen werden. Die Hochrechnungen sind mit entsprechender Vorsicht zu betrachten. Die Studie wurde von Ecoplan zwischen Januar und Juli 2025 erstellt.

Auskunft

Anna Meisser, Geschäftsführerin Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD:

anna.meisser@staedteverband.ch / 031 356 32 32

Benjamin Fröhlich, Leiter Kommunikation Städteverband:

benjamin.froehlich@staedteverband.ch / 031 356 32 44

Informationen zur Fachveranstaltung und Bericht:

info@ksfd.ch / [Webseite KSFD](#)

Hintergrundinformationen zur Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD

Die im August 2014 gegründete Konferenz ist eine Sektion des Städteverbandes. Ihre zurzeit 39 Mitglieder setzen sich für eine stabile und berechenbare Finanz- und Steuerpolitik im Sinne der Städte und städtischen Gemeinden als wirtschaftliche Lokomotiven des Landes ein. Die Konferenz will entsprechend der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Städte in wichtigen finanz- und steuerpolitischen Fragen auf Bundes- und kantonaler Ebene mitreden können.